



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit*

---

**2009/2230(INI)**

7.4.2010

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und  
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und der Rolle der  
Makroregionen im Rahmen der künftigen Kohäsionspolitik  
(2009/2230(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Anna Rosbach

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die EU und die an den Ostseeraum angrenzenden Mitgliedstaaten sich dringend mit den schwerwiegenden Umweltproblemen auseinandersetzen müssen, von denen die Region betroffen ist, vor allem mit der Eutrophierung, den Auswirkungen von auf dem Meeresgrund abgelagerten gefährlichen Stoffen und den Bedrohungen für die Artenvielfalt in Gewässern, wobei Populationen vom Aussterben bedrohter Fischarten besonders zu berücksichtigen sind; weist darauf hin, dass die Ostsee eines der am stärksten verschmutzten Seegebiete der Welt ist;
2. betont, dass die Menge an versenkten Giftgasen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und die Stellen, an denen sich diese befinden, ermittelt werden müssen und gleichzeitig ihre Entsorgung geklärt und eine Bewertung der mit Vorhaben am Grund der Ostsee verbundenen Gefahren vorgenommen werden muss;
3. betont, dass eine allen Mitgliedstaaten gemeinsame Methode der Bestandsaufnahme von Verschmutzungsquellen und ein Plan zu deren schrittweiser Beseitigung entwickelt werden müssen;
4. begrüßt, dass die ökologische Nachhaltigkeit als zentrale Säule in die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und den sie begleitenden Aktionsplan Eingang gefunden hat;
5. vertritt jedoch die Auffassung, dass der Schwerpunkt der Strategie zwar auf der Meeresumwelt liegt, dass allerdings bei Vorhaben im Rahmen des Aktionsplans auch Umweltbelange in Angriff genommen und entsprechend im Vordergrund stehen sollten, die das Binnenland der Region betreffen; fordert daher – unter anderem durch nachhaltige Raumordnungspläne und die Vermeidung übermäßiger touristischer Nutzung – zum Schutz und zur Unterstützung der lokalen Gemeinschaften auf, die seit Jahrhunderten die Küstengebiete besiedeln, traditionelle Meereswirtschaft betreiben und die Landschaft und die natürlichen Werte der Küste bewahren;
6. stellt fest, dass die Nährstoffbelastung aus der Landwirtschaft in hohem Maße für die Eutrophierung der Ostsee verantwortlich ist; fordert daher nachdrücklich, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten als Teil des Aktionsplans Maßnahmen einführen, die über die derzeit in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) enthaltenen Bestimmungen hinausgehen, um die Nährstoffbelastung erheblich zu verringern;
7. erachtet die mangelnde Kohärenz mit anderen Politikbereichen der EU wie etwa der GAP, die die Überdüngung fördert, und der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), die nicht ökologisch nachhaltig ist, als eines der größten Hindernisse, die der Umsetzung der Ziele der Ostseestrategie im Wege stehen; ist der Auffassung, dass die Reformen der GAP und der GFP so gestaltet werden müssen, dass sie dazu beitragen, das Ziel eines ökologisch nachhaltigen Ostseeraums zu erreichen;

8. hebt hervor, dass der Bau der Gasleitung Nord Stream das strategisch bedeutendste aktuelle Vorhaben in der Region ist und weitreichende Auswirkungen auf die Umwelt haben wird; bedauert daher, dass in der oben genannten Strategie und dem oben genannten Aktionsplan nicht eigens auf den Bau der Gasleitung Nord Stream und andere Vorhaben dieser Art sowie die daraus resultierenden ökologischen Auswirkungen eingegangen wird;
9. weist mit Blick auf Vorhaben, die unter Umständen einschneidende Folgen für die ökologische Qualität des Ostseeraums nach sich ziehen, auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Ostsee-Anrainerstaaten gemäß der Espoo-Konvention, dem Helsinki-Übereinkommen und den Richtlinien der Helsinki-Kommission (HELCOM) hin;
10. fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten eindringlich auf, durch entsprechende Maßnahmen im Geiste des Standpunkts des Europäischen Parlaments, den es in seiner Entschließung vom 8. Juli 2008 zu den Umweltauswirkungen der geplanten Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland<sup>1</sup> bekundet hat, sicherzustellen, dass bei Vorhaben, die im Rahmen des Aktionsplans durchgeführt werden, die negativen ökologischen Auswirkungen der geplanten Gaspipeline richtig bewertet werden und ihnen entgegengewirkt wird; ist der Auffassung, dass Nord Stream selbst für die Finanzierung der Maßnahmen aufkommen muss, die erforderlich sind, damit die Umwelt der Ostsee durch den Bau der Gaspipeline keinen Schaden nimmt; fordert gleichzeitig, künftig Vorhaben zu vermeiden, die unnötig sind, weil die entsprechenden Maßnahmen auf dem Festland durchgeführt werden können;
11. ist der Auffassung, dass in der gesamten EU Phosphate in Waschmitteln so rasch wie möglich verboten werden sollten; stellt fest, dass ein solcher Schritt in ökologischer Hinsicht eindeutige Vorteile für die Ostsee und andere Regionen mit sich brächte;
12. betont, dass bei ähnlichen Ansätzen oder Strategien, die in Zukunft in anderen Makroregionen der EU – wie dem Donaauraum, dem Alpenraum oder dem Mittelmeerraum – angewandt und weiterentwickelt werden, ökologischen Fragen uneingeschränkt Rechnung getragen werden muss und sie integriert werden müssen;
13. fordert die Kommission auf, für eine wirksame Zusammenarbeit und Koordinierung mit HELCOM und den Mitgliedstaaten aus der Ostseeregion zu sorgen, um ein klares Bild der Aufgaben und Zuständigkeitsbereiche für die Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans für den Ostseeraum aus dem Jahr 2007 sowie der oben genannten Strategie und des Aktionsplans der Europäischen Union zu zeichnen und auf diese Weise eine wirksame Gesamtstrategie für die Region zu gewährleisten;
14. ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit im Ostseeraum Priorität genießen und auf höchster politischer Ebene von den Staats- und Regierungschefs betrieben werden sollte, weil das eine Voraussetzung dafür ist, die Zusammenarbeit zwischen den Ostsee-Anrainerstaaten voranzutreiben und die politischen Ambitionen zu verwirklichen; befürwortet regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs im Ostseeraum, um dies umzusetzen;

---

<sup>1</sup> ABl. C 294E vom 3.12.2009, S. 3.

15. begrüßt die Einrichtung einer eigenen Haushaltlinie für die Ostseestrategie im Haushaltsplan der EU; begrüßt ferner die Veranschlagung von 20 Mio. EUR für die Strategie im Haushaltsplan für 2010; fordert jedoch eine längerfristige Finanzierung der Strategie im Rahmen des Haushaltsplans der EU, um Maßnahmen zu finanzieren, die nicht unter die Strukturfonds fallen;
16. stellt fest, dass die Umsetzung der Ostseestrategie bisher sehr schleppend verläuft; ist der Auffassung, dass die im Haushaltsplan der EU für 2010 veranschlagten Mittel eingesetzt werden könnten, um die Umsetzung zu verbessern; bedauert daher, dass diese Mittel noch nicht ausgezahlt worden sind, und weist die Kommission darauf hin, dass diese Mittel unverzüglich für mit den Zielen der Ostseestrategie im Einklang stehende Zwecke gebunden werden sollten.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	7.4.2010
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :            54 - :            0 0 :            0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	János Áder, Elena Oana Antonescu, Kriton Arsenis, Pilar Ayuso, Paolo Bartolozzi, Sergio Berlato, Milan Cabrnoch, Martin Callanan, Nessa Childers, Chris Davies, Esther de Lange, Anne Delvaux, Bas Eickhout, Edite Estrela, Jill Evans, Elisabetta Gardini, Julie Girling, Françoise Grossetête, Cristina Gutiérrez-Cortines, Satu Hassi, Jolanta Emilia Hibner, Dan Jørgensen, Christa Kläß, Jo Leinen, Peter Liese, Kartika Tamara Liotard, Linda McAvan, Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė, Miroslav Ouzký, Vladko Todorov Panayotov, Gilles Pargneaux, Antonyia Parvanova, Andres Perello Rodriguez, Mario Pirillo, Pavel Poc, Frédérique Ries, Anna Rosbach, Oreste Rossi, Horst Schnellhardt, Richard Seeber, Theodoros Skylakakis, Bogusław Sonik, Catherine Soullie, Salvatore Tatarella, Anja Weisgerber, Glenis Willmott, Sabine Wils
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Bill Newton Dunn, Justas Vincas Paleckis, Alojz Peterle, Bart Staes, Michail Tremopoulos, Thomas Ulmer, Marita Ulvskog